

Mitglieder bestätigen Vorstand

Vereine Dr. Werner Trägner wird als Vorsitzender des DZOK wiedergewählt. 12 500 Menschen nahmen 2016 die Angebote wahr.

Ulm. Der alte Vorstand ist auch der neue: Die Mitglieder des „Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg“ (DZOK) haben auf der Jahreshauptversammlung den Vorstand mit dem Ersten Vorsitzenden, Dr. Werner Trägner, dessen Stellvertretern Martin König und Hansjörg Greimel, Kassiererin Elke Reuther sowie die Beisitzer Wolfgang Traub und Ingo Bergmann im Amt bestätigt. Neuer zusätzlicher Beisitzer ist Hans Peter Obermeier.

Werner Trägner warb in seiner Rede insbesondere dafür, dass das DZOK trotz der zunehmenden Professionalisierung der Arbeit des hauptamtlichen Teams, die inzwischen bundesweit beachtet und auch geschätzt werde, unbedingt ein in der Region fest verankerter bürgerschaftlich getragener Verein bleiben müsse. Der Verein basiere auch weiterhin auf einem Miteinander von Haupt- und Ehrenamtlichen, heißt es in der Pressemitteilung. Im vergangenen Jahr haben insgesamt 12 500 Menschen die Angebote des Dokumentationszentrums genutzt.

DZOK-Leiterin Dr. Nicola Wenge informierte über die diversen Tätigkeitsfelder aus Forschung, Bildung und Vermittlung in der KZ-Gedenkstätte und der Geschäftsstelle mit Archiv und Bibliothek in der Büchseingasse 13. Sie dankte in ihrem Rechenschaftsbericht vor allem den vielen freiwilligen Mitarbeitern und Unterstützern, die die Erinnerungs- und Bildungsarbeit des Dokumentationszentrums Oberer Kuhberg maßgeblich mittragen. Sie hob mit Blick auf die deutsche Gedenkstättenlandschaft hervor, dass in Ulm eine außerordentlich enge und gute Zusammenarbeit zwischen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern bestehe, die das Bürgerprojekt DZOK zukunftsfähig mache.

Von wegen Seit' an Seit'

Kreisfreiheit Im Stadtrat wird eine Mehrheit für die Scheidung vom Kreis stimmen. In der SPD sorgt das aber für Streit. Uneins sind sich auch die Grünen. *Von Edwin Ruschitzka*

Die Genossen marschieren nicht mehr Seit' an Seit', wie es in einem ihrer Lieder heißt. Die angestrebte Scheidung der Stadt Neu-Ulm vom Landkreis, auch als „Nuxit“ bezeichnet, führt vor Augen, wie zerstritten gerade die SPD in dieser Frage ist. Während die Fraktionsvorsitzende Antje Esser ihre Genossen im Stadtrat hinter sich geschart hat, schäumen andere in der Partei. Beispielsweise der Bundestagsabgeordnete Karl-Heinz Brunner. Er hält den Ausstieg für eine „bedauerliche und unkluge Entscheidung“. Noch bedauerlicher aber sei, dass Esser die Partei nicht eingebunden habe. Dabei sei der Dialog mit den SPD-Mitgliedern und den Bürgern in dieser bedeutenden Frage wichtig.

„Wenn die Entscheidung gefällt werden soll, dann nur in enger Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern – den Menschen, die hier leben und am Ende davon betroffen sind, im Ernstfall auch dafür zahlen müssen“, hat Brunner gestern verlautbart. „Die SPD im Kreis Neu-Ulm möchte diese Diskussion gerne führen und begleiten. Wir verstehen uns als Mitmach-Partei, und gerade ich nehme diesen Anspruch sehr ernst“, schreibt Brunner.

„Beschämende Schildbürgerlei“

Schon am Wochenende hat der SPD-Nachwuchs, also die Jungsozialisten, das ganze Vorgehen als „beschämende Schildbürgerlei“ bezeichnet. Die Jusos fordern die SPD auf, den „Nuxit in diesem Schweinsgalopp“ abzulehnen und sich klar für den Verbleib im Landkreis auszusprechen. Antje Esser hatte den Ausstieg aus dem Landkreis als Konsequenz einer Auseinanderentwicklung von Stadt und Kreis in den vergangenen Jahren bezeichnet. Eine Bürgerbeteiligung sieht sie nicht: „Wir sind dazu gewählt, so etwas selbst zu entscheiden“, hat sie gesagt. Im Übrigen sei es die Sache der Ortsvorsitzenden (Erich Kravek und Rudolf Erne) und des



Hier stehen Karl-Heinz Brunner und Antje Esser noch Seit' an Seit'. Aber in Sachen Nuxit sind sie weit auseinander. Foto: Volkmar Könneke

Kreisvorsitzenden (Karl-Heinz Brunner), die Diskussion mit den Mitgliedern anzuschieben.

Auch bei den Grünen herrscht Zoff. Die vier Stadträte werden für die Kreisfreiheit stimmen, erklärte gestern Fraktionschef Rainer Juchheim. Während die Fraktion in dieser Frage mehrheitlich keinen Bürgerentscheid anstoßen will, überlegt Juchheim, ob und wie er dies als einzelner Stadtrat tun kann. Juchheim, mit Abstand

dienstältester Grünen-Stadtrat in Neu-Ulm, versteht seine Mitstreiter diesbezüglich nicht mehr: „Die Bürgerbeteiligung war und ist doch immer eine ureigenste grüne Forderung.“

Uneins sind sich auch andere. „Ich habe dem Oberbürgermeister keine Vorgaben zu machen“, sagte Albert Obert von PRO Neu-Ulm. „Aber es wäre nicht schlecht, wenn er in einer so wichtigen Sache wie der Kreisfreiheit eine

möglichst breite Mehrheit hinter sich scharen könnte.“ Das sagt kein Geringerer als Gerold Noerenbergs erster Stellvertreter. Auch bei PRO gibt es eine Reihe von offenen Fragen, so dass die Fraktion gespalten sei. „Mir persönlich ist vieles noch nicht schlüssig genug, sind die Aussagen der Verwaltung zu vage.“ Zwei PRO-Räte würden Ja sagen, zwei hätten Bedenken. „Auch bei uns herrscht Meinungsvielfalt, es gibt keinen Fraktionszwang.“

Die CSU-Fraktion ist ohne Wenn und Aber dafür, dass sich der Stadtrat am 26. Juli für die

„Ich ermutige die SPD-Fraktion zu einem Dialog mit ihren Mitgliedern und den Bürgern.“

Karl-Heinz Brunner
SPD-Bundestagsabgeordneter

Kreisfreiheit ausspricht und die Verwaltung beauftragt, dazu einen Antrag beim Freistaat zu stellen. Wie alle anderen hat sie gestern getagt und ist zu dem Schluss gekommen, dass sie zustimmen wird. Fraktionschef Johannes Stingl: „Wir teilen die Einschätzung der Verwaltung, dass die Chancen der Kreisfreiheit deren Risiken übersteigen und dass die organisatorischen und finanziellen Auswirkungen der Kreisfreiheit für Neu-Ulm beherrschbar sind und bleiben.“ Auch aus der SPD-Fraktion wird es wohl keine Gegenstimmen geben.

Nur Nein-Stimmen wird es von der FWG und der FDP geben. Beide Fraktionen mit insgesamt sieben Räten vermissen wichtige Informationen. So lange diese Fragen nicht geklärt seien, werde es auch keine Zustimmung geben, schon gar nicht in der Sitzung am 26. Juli. Diese Stadträte sind wie Bürgermeister Albert Obert (PRO) der Ansicht, dass die städtische Sitzungsvorlage mit sehr heißer Nadel gestrickt sei.

Frieden ist mehr als kein Krieg

Projekt Im September und Oktober gibt es wieder ein umfangreiches Programm zu den fünften Ulmer Aktionswochen.

Ulm. 25 Veranstaltungen von 25 Gruppen stehen auf dem Programm der Friedenswochen, die im September und Oktober zum fünften Mal stattfinden – darunter auch ai oder die Ulmer Ärzteinitiative-IPPNW. Die Wochen sollen einen Beitrag für den Frieden in der Welt leisten, sagt der Vorsitzende des Vereins für Friedensarbeit, Reinhard Köhler, für den das „kein utopisches Ziel“ ist. Zudem solle klar gemacht werden, dass Konflikte friedlich gelöst werden können. Frieden bedeute nicht nur die Abwesenheit von Krieg, sondern meine auch den sozialen Frieden in der Gesellschaft.

Dabei werden die Themen Gewaltfreiheit und friedlicher Widerstand auf möglichst vielfältige Art und Weise aufbereitet. So wird es beispielsweise Workshops und Diskussionsrunden, aber auch Filme, Musik- und Infoveranstaltungen geben. Eine besondere Aktion hat die Tibet Initiative Ulm/Neu-Ulm am 3. September geplant: Anstatt viel zu reden, soll schweigend protestiert werden. Die Idee stammt von Tibetern, die den gewaltfreien Protest für Selbstbestimmung durch Meditation vormachen.

Im Barometer, welches das aktuelle weltweite Konfliktgeschehen erfasst, zählte das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung 18 Kriege und 402 Konflikte weltweit im Jahr 2016. Der Schluss hieraus sei: Wir leben in keinem friedlichen Zeitalter und das Thema Frieden ist demnach aktueller denn je. Ziel sei es also, die Kräfte zu bündeln, um sich Gehör zu verschaffen und Präsenz zu zeigen, so die Initiatoren. Zudem soll die Friedensinitiative aufzeigen, dass der Traum eines friedlicheren Zeitalters keine Illusion bleiben darf. Besondere Freude macht den Initiatoren, dass sich heute mehr denn je auch Jugendliche für politische Themen engagieren und